

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 123. Ratssitzung vom 11. Dezember 2020

3339. 2020/397

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2021

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Felix Moser (Grüne): *Mit dieser Weisung möchten wir dem Stadtrat die Ermächtigung geben, Geld aufzunehmen, damit er die Aufgaben des nächsten Jahres, die wir mit dem Budget bewilligt haben, ausführen kann. Der Gesamtrat möchte den Stadtrat ermächtigen, einen Kredit über 1300 Millionen Franken aufzunehmen. In der Weisung wird die Geldflussrechnung präsentiert. Es handelt sich unter anderem um den Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung, der sich auf 185 Millionen Franken beläuft, und die Abschreibungen und Investitionen, die damit bezahlt werden, sowie Anleihen im Umfang von 460 Millionen Franken, die rückgezahlt werden. All das zusammen ergibt einen Mittelbedarf von 1,3 Milliarden Franken.*

Kommissionsminderheit:

Johann Widmer (SVP): *Die Minderheit lehnt die Weisung ab. Roger Bartholdi (SVP) wird die Ablehnung begründen.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Wir hoffen, dass die 1,3 Milliarden Franken, die dem Stadtrat für die Aufnahme von Fremdmitteln bewilligt werden, ausreichen werden. Wir hoffen, dass der Betrag übernächstes Jahr nicht deutlich höher ausfallen wird. Auch wenn die FDP im Kantonsrat und im Gemeinderat die gleiche Partei mit dem gleichen Kompass und mit den gleichen Grundsätzen ist, wurde dem Kantonsrat ein anderes Budget mit viel realistischeren Prämissen präsentiert – und auch leider einem viel grösseren Defizit. Ich bin Kapitalist und behaupte, profunder Kenner der epochalen Monographie des Themas zu sein. Als solcher kann ich sagen, dass ein Casino nichts mit Kapitalismus zu tun hat. Menschen, die ins Casino gehen, haben von Kapitalismus nichts verstanden.*

Roger Bartholdi (SVP): 2011 kürzte der Stadtrat den Antrag für die Mittelbeschaffung von 750 Millionen auf 525 Millionen Franken. 2014 lag der Antrag bei ganzen 1000 Millionen Franken, die wir gemeinsam mit der FDP ablehnten. In den darauf folgenden Jahren lag der Betrag immer darunter, bis auf letztes Jahr, als es auch wieder bei 1000 Millionen Franken lag. Dieses Jahr liegt der Betrag bei 1300 Millionen Franken und wir lehnen den Antrag als einzige Partei ab. Die FDP scheint mit solch hohen Beträgen kein Problem zu haben. Wir stellten noch nie einen solch kleinen Antrag und forderten in Anbetracht der Ausgangslage eine Reduktion von 100 Millionen Franken. Das Budget ist beschlossen und die Ausgaben wurden somit auf den Weg gegeben. Das anerkennen wir. Wir anerkennen auch, dass es ein besonderes Jahr ist. Eine massive Kürzung wäre deshalb falsch gewesen. Die 100 Millionen Franken sind ein Signal. Wir möchten nicht, dass die Entwicklung zu immer höheren Aufnahmen so weiter verläuft und weiter so steigt, wie sie in den letzten Jahren gestiegen ist. Deshalb möchten wir heute mit diesem marginalen Kürzungsantrag von 100 Millionen Franken einen Warnschuss vor den Bug setzen. Wir sprechen hier über die Schulden von morgen. In einigen Legislaturperioden werden wahrscheinlich auch die Linken und Grünen merken, dass der Beschluss 2020 nicht sehr gut war. Es ist wichtig, ein Zeichen zu setzen und unser Antrag soll in diesem Sinne verstanden werden.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~1300~~ 1200 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP) Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 13 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

3 / 3

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP) Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 11 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassarischeine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Februar 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat